

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0417/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status:	öffentlich
		AZ:	
		Datum:	03.05.2018
		Verfasser:	
Ratsanträge			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
16.05.2018	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeister).

Philipp

Oberbürgermeister

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden mehrere Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philipp

Rathaus
52058 Aachen



Nr. 356/17



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: www.piratenpartei-aachen.de

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201804-01

23.04.2018

Verlängerung der Stelle des Breitbandkoordinators

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Piratenfraktion beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die aktuell noch für weitere 2 Jahre geförderte Stelle des Breitbandkoordinators wird, über den geförderten Zeitraum hinaus, für weitere drei Jahre, also auf insgesamt fünf Jahre, verlängert. Die Mittel für diese Stelle sind im Haushalt einzuplanen.

Begründung:

Im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft am 11.04.2018 wurde deutlich, dass eine Weiterführung der Stelle als Breitbandkoordinator dringend vonnöten ist, da der Breitbandausbau in Aachen ins Stocken geraten ist.

Falls die Stadt Aachen am 5G Projekt teilnimmt, ist aber genau dieser Breitbandausbau dringend nötig, beim Zeithorizont von 5G auch für die nächsten 5 Jahre. Für Initiativen in Richtung autonomes Fahren sind der Breitbandausbau generell und 5G zusätzliche, wichtige Voraussetzungen. Daher sollte die Stelle des Breitbandkoordinators, auch um Interessenten eine längerfristige Option bieten zu können, auf 5 Jahre eingerichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Pütz

Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Telefon: +49 (0)241 432 7265 Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de Web: www.piratenpartei-aachen.de



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
- 3. Mai 2018

Nr. 357/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 18.011 / SPD AT 82/18

Aachen, den 02. Mai 2018

RATSANTRAG

Quartiersmanagement stärken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung das Konzept zum Quartiersmanagement um eine zeitliche, finanzielle und personelle Umsetzungsplanung sowie um ein Controlling zu ergänzen.

Bei der Erstellung des Konzeptes ist darauf zu achten, dass Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte genutzt werden. Bei der Einrichtung neuer Angebote ist unter Einbeziehung der Angebote der freien Träger zu prüfen, inwieweit Synergieeffekte genutzt werden können.

Begründung

Das allgemeine Quartiersmanagement soll für die Bürgerinnen und Bürger als ein wirksames Instrument der Stadt Aachen zur besseren sozialen Entwicklung in ihren Wohnquartieren erkennbar werden. In dem „Konzept zum Quartiersmanagement“ (Ratsantrag Quartiersmanagement der Fraktionen CDU und SPD vom 28.11.2016) erfolgt eine Definition und Aufgabenbeschreibung sowie eine Bestandsaufnahme der verschiedenen quartiersbezogenen Angebote.

In den nächsten Schritten müssten nunmehr die Aspekte Zeitplanung, Finanzen, Personal und Controlling ergänzt werden. Dabei sollen sozialräumliche Bedarfe ermittelt und in Form einer Prioritätenliste aufgeführt werden. Evaluiert werden sollen zudem die erforderlichen Sachmittel, die den Quartiersmanagern für die Ausführung ihrer Arbeit zur Verfügung gestellt werden sollte.

Derzeit gibt es in vier Gebieten der Stadt Aachen Quartiersmanagements: in Aachen-Ost / Rothe Erde, Forst / Driescher Hof, Preuswald und das Stadtteilbüro Aachen-Nord. Hinzu kommen in vier Bereichen noch Quartiersmanagements mit dem Schwerpunkt der Flüchtlingsintegration (QFI), welche bis zum 31.12.2018 befristet sind.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Hans Müller

sozialpol. Sprecher

CDU-Fraktion



Nathalie Hüllenkremer

sozialpol. Sprecherin

SPD-Fraktion



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
- 3. Mai 2018

Nr. 358/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 18.012 / SPD AT 83/18

Aachen, den 02. Mai 2018

RATSANTRAG

Entwicklung von interkommunalen Gewerbegebieten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Entwicklung von interkommunalen Gewerbegebieten zu erarbeiten. Das Konzept soll dabei insb. die Aufgabenverteilung zwischen dem Grundstückseigentümer, der Belegenheitskommune und der Bedarfskommune beschreiben. Dies soll anhand eines Beispiels konkretisiert werden.

Begründung

Im Rahmen der laufenden Prozesse zum Flächennutzungsplan und zur Regionalplanung zeichnet sich das Ergebnis ab, dass der geschätzte Bedarf der Stadt Aachen für Gewerbeflächen nicht im Stadtgebiet nachgewiesen werden kann. Mehrere Kommunen in der Städtereion Aachen stehen vor der gleichen Herausforderung.

Neben Maßnahmen, wie der Ausweis von Mischflächen, der Revitalisierung von Brachflächen und der Verdichtung von Flächen, erscheint es als zielführend, im Konsens mit der Städtereion Aachen und/oder deren Kommunen oder anderen Kommunen in Region Aachen gemeinsame Gewerbeflächen zu entwickeln. Dies kann in Form eines interkommun-

nenalen Gewerbegebiets zweier Gebietskörperschaften oder eines regionalen Gewerbegebiets mit mehreren beteiligten Kommunen erfolgen. Das gemeinsame und abgestimmte Vorgehen soll ermöglichen, dass der Bedarf, der auf dem Gebiet der Stadt Aachen nicht gedeckt werden kann, im Bereich einer anderen Kommune in der Aachener Region nachgewiesen wird. Ziel ist es dabei, die Ansiedlung von Unternehmen in der Region und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern.

Im Rahmen des beauftragten Konzeptes soll dargestellt werden, wie die Aufgabenverteilung unter den Partnern angedacht ist. Dazu werden auch Aussagen zur Verteilung der folgenden Positionen erwartet: Entwicklungskosten, Veräußerungserlöse sowie Erschließungskosten und -beiträge.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



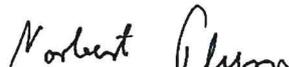
Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Simon Adenauer

wirtschaftspol. Sprecher
CDU-Fraktion



Norbert Plum

planungspol. Sprecher
SPD-Fraktion

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen

Eingang bei FB 01
- 7. Mai 2018

IV. 359/17

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

07. Mai 2018

Antrag: Statistische Erfassung des Merkmals >Migrationshintergrund< an Aachener Kindertagesstätten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat der Stadt möge beschließen:

1. In dem **Betreuungsvertrag** zwischen der Stadt Aachen und **sorgeberechtigten Personen** zwecks **Betreuung** von Kindern in städtischen Kindertageseinrichtungen wird ein **verbindlicher Fragekomplex** zur **Zuwanderungsgeschichte** der Eltern eingefügt. Die **Kategorie** des **Migrationshintergrundes** wird gemäß der **Definition** des **Mikrozensus** ermittelt.
2. Die **Verwaltung** empfiehlt **Kindertagesstätten** unter **kirchlicher** sowie **freier Trägerschaft**, bzw. **allen** in die **Berechnung** der **Versorgungsquoten** von **Kinderbetreuungsplätzen** einfließenden **anderweitigen** **privatgewerblichen** **Betreuungsanbietern**, die **Betreuungsverträge** um einen **entsprechend** unter **Punkt 1.** **dargestellten** **Fragekomplex** zur **elterlichen** **Zuwanderungsgeschichte** zu **erweitern**. Die **Verwaltung** **signalisiert** den **genannten** **nicht-städtischen** **Trägern** von **Kindertagesstätten** ihre **Bereitschaft**, eine **entsprechende** **Ergänzung** **fachlich** zu **begleiten**.

(Begründung umseitig)

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Begründung:

Mittlerweile haben neun Schulen in Aachen einen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund zwischen 75 und 100 Prozent. In sieben Fällen handelt es sich um Grundschulen. Dies ging aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage aus der AfD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag hervor.¹

Migrantenkinder sind laut einer aktuellen OECD-Studie überaus häufig schulische Minderleister. Rund 54 Prozent der 15-Jährigen, die Migranten der ersten Generation sind, erzielen in den Bereichen Lesen und Rechnen nur schwache Leistungen.² Klassenverbände mit vielen leistungsschwachen Schülern gefährden den Lernerfolg der leistungsstarken Schüler. Lehrkräfte werden gezwungen besonders viel Energie in die Betreuung der Minderleister zu investieren. Diese gebundenen Kapazitäten fehlen, um leistungsstarke Schüler intensiv zu fördern. Das Leistungsniveau des gesamten Klassenverbandes sinkt.

Die Allianz für Aachen hatte mit Blick auf die zukünftige Schülerschaft der Grund- und weiterführenden Schulen in Aachen, im März diesen Jahres, die Verwaltung nach dem Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an den hiesigen Kindertagesstätten befragt. Die Verwaltung teilte mit, daß selbiger nicht erfasst werde. Dieses Informationsdefizit muss behoben werden. Im Sinne einer vorausschauenden Politik ist eine migrationsspezifische Datenbasis unabdingbare Voraussetzung, um defizitäre Entwicklungstendenzen an Aachener Schulen rechtzeitig zu erkennen und damit zusammenhängende Bedarfe und Erfordernisse frühzeitig zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



Markus Mohr

¹ Landtag-Drucksache 17/1719

² <https://www.welt.de/wirtschaft/article174706968/OECD-Studie-So-schwer-haben-es-Migranten-an-deutschen-Schulen.html>

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

- 8. Mai 2018

Nr. 360/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Piraten 0241 / 432 -7266

Aachen, den 7. Mai 2018

Ratsantrag

Sanierung des Neuen Kurhauses auf Erbpachtbasis prüfen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, neben den bisher für das Neue Kurhaus durch das Gebäudemanagement E 26 erstellten und vorgelegten vier Nutzungsvarianten mit einem errechneten städtischen Investitionsvolumen von bis zu 40 Millionen Euro eine Erbpachtvariante zu untersuchen und deren Marktpotenzial zu erkunden.

Dazu wird die Verwaltung beauftragt,

die notwendigen Dach und Fach - Investitionen in die Außenhülle des Gebäudes für die Stadt als Investor zu ermitteln,

eine Markterkundung für eine private/gewerbliche Nutzung des Gebäudes auf der Basis eines Erbpachtvertrages durchzuführen,

hierfür die bisherigen Gebäudeuntersuchungen, Vorplanungen und Fachgutachten Dritten zur Verfügung zu stellen,

ein „Anforderungsprofil Neues Kurhaus und Umfeld“ zu erstellen. Dieses Anforderungsprofil soll die baulichen, denkmalpflegerischen und städtebaulichen Anforderungen definieren, welche die Stadt Aachen als Erbpachtgeber an eine private Investition und eine privatwirtschaftliche Nutzung stellt.

Die Ergebnisse sind dem Rat und seinen Ausschüssen bis zum Herbst 2018 vorzulegen.

Begründung

Seit einigen Jahren suchen Politik und Verwaltung nach Lösungen für die Sanierung und zukünftige Nutzung des Neuen Kurhauses. Das Baudenkmal ist ein wichtiger Bestandteil der Historie der Kurstadt Bad Aachen. Deshalb sollte das Gebäude auch langfristig in kommunaler Hand bleiben.

Die letzten Untersuchungen und Kostenschätzungen der Verwaltung haben ergeben, dass zur Sanierung des Gebäudes je nach künftiger Nutzung Investitionen von rund 38 – 42 Millionen Euro erforderlich wären. Dabei wurden Folgekosten für Einrichtung, Betrieb und Unterhaltung bisher nicht berücksichtigt.

Die meisten, untersuchten Varianten basieren auf Nutzungen des Gebäudes durch städtische Dienststellen und stadtnahen Einrichtungen wie dem Standesamt, dem Eurogress oder dem Aachener Tourist Service. Eine Refinanzierung der Investition ist bei diesen Nutzungen nicht gegeben.

Angesichts des hohen Investitionsbedarfs, der in naher Zukunft an anderer Stelle für den Bau einer Erweiterung des Verwaltungsgebäudes am Marschierter oder die Überplanung des Bushofareals mit dem Neubau von Volkshochschule und Stadtbibliothek erforderlich sein wird, ist eine Investition in der genannten Größenordnung in die Sanierung des Neuen Kurhauses allein aus dem städtischen Haushalt nicht darstellbar.

Anders als die Kommune können private Investoren von erheblichen Steuervorteilen profitieren, die der Staat bei Investitionen in Baudenkmäler gewährt. Die möglichen „privaten“ Nutzungen müssen mit dem heutigen Umfeld mit Quellenhof, Eurogress und Kurpark kompatibel sein.

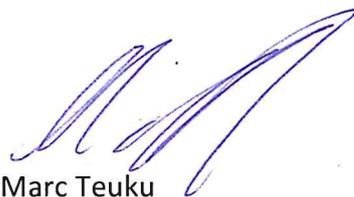
Nicht ausgeschlossen sollte nach erfolgter Sanierung durch einen privaten Erbpachtnehmer auch die Rückvermietung von Gebäudeteilen an städtische Dienststellen oder Einrichtungen sein.

Mit freundlichen Grüßen



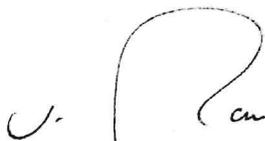
Melanie Seufert

Sprecherin Grüne-Fraktion



Marc Teuku

Sprecher Piraten-Fraktion



Michael Rau

Planungspol. Sprecher GRÜNE-Fraktion



Udo Pütz

planungspol. Sprecher Piraten-Fraktion

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 367/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU	0241 / 432 -7211
SPD	0241 / 432 -7215
Grüne	0241 / 432 -7217
Linke	0241 / 432 -7244
Piraten	0241 / 432 -7266

Aachen, den 09. Mai 2018

Ratsantrag

Altstadtquartier Büchel:

Hochbauwettbewerb für das Cluster des heutigen Parkhauses Büchel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen, Linken und Piraten beantragen, im Rat der Stadt Aachen den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Hochbaurealisierungswettbewerb auf Grundlage des im Planungsausschuss beschlossenen städtebaulichen Entwurfs für das Altstadtquartier Büchel, dem Cluster „südwestlicher Quadrant, Parkhaus Büchel“, vorzubereiten. Der Wettbewerb dient der Konkretisierung und Umsetzbarkeit des sich in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Altstadtquartier Büchel. Der Auslobungstext soll dem PLA in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Anschließend erfolgt in 2018 die Auslobung und Durchführung.

Begründung:

Die städtebaulichen Vorüberlegungen zum Altstadtquartier Büchel sind soweit gediehen, dass für den ersten im städtebaulichen Entwurf und Bebauungsplanentwurf vorgesehenen Baublock Ecke Büchel / Nikolausstraße der avisierte Hochbauwettbewerb durchgeführt werden kann. Er soll als Grundlage und Spezifizierung des weiter zu entwickelnden B Plans dienen und basiert auf dem im Planungsausschuss beschlossenen Siegerentwurf des Städtebauwettbewerbes.

Das Grundstück des heutigen Parkhauses Büchel ist für das Altstadtquartier von besonderer Bedeutung. Der Planungsausschuss hat deshalb in seiner Sitzung im Mai 2017 beschlossen, dass zur Qualitätssicherung zunächst dieser Bereich einem Wettbewerb unterzogen werden soll.

Die Investoren und Eigentümer sind bei der Besetzung des Preisgerichtes zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal
Vorsitzender der CDU-Fraktion



Michael Servos
Vorsitzender der SPD-Fraktion



Melanie Seufert
Sprecherin Grüne-Fraktion



Leo Deumens
Vorsitzender Linke-Fraktion



Marc Teuku
Piraten-Fraktion



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
- 9. Mai 2018

Nr. 362/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 18.014 / SPD AT 84/18

Aachen, den 09. Mai 2018

RATSANTRAG

Trägerauswahl von Kindertageseinrichtungen

hier: Kriterien für den Entscheidungsvorschlag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung objektive Kriterien, die bei der Vergabe von Trägerschaften ab dem Kita-Jahr 2018/2019 zugrunde gelegt werden sollen, zu erarbeiten. Die Kriterien sind nach Anhörung der AG § 78 SGB VIII dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss zu Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

In den letzten Sitzungen des KJA wurde deutlich, dass die bisher zugrunde gelegten Kriterien ergänzt werden müssen, um eine fundierte Einzelfallentscheidung über die Vergabe von Trägerschaften treffen zu können.

Jeder anerkannte freie Träger der Jugendhilfe, der sich künftig im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens um eine solche Trägerschaft bemüht, soll eine Konzeption vorlegen, die zu den Kriterien Aussagen enthält und eine objektive Bewertung ermöglicht. Erforderliche Nachweise sollen beigefügt werden.

An Hand dieser umfassenden Interessensbekundungen soll die Verwaltung dann Entscheidungsvorlagen für den KJA erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Peter Tillmanns

kinder- und jugendpol. Sprecher
CDU-Fraktion



Patrick Deloie

kinder- und jugendpol. Sprecher
SPD-Fraktion